

Siegfried Mielke

## Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen\*



*Prof. Dr. Siegfried Mielke, geb. 1941 in Kremersbruch (Pommern), Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und der Politischen Soziologie, lehrt seit 1979 Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin, Leiter (zus. mit Bodo Zeuner) der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik. Autor und Herausgeber zahlreicher Publikationen zu Themen der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung.*

Die bürgerlichen Parteien, das Militär und die Kirchen haben frühzeitig und umfangreich die eher begrenzte Zahl „ihrer“ Widerstandskämpfer und NS-Verfolgten in zahlreichen biographischen und anderen wissenschaftlichen Beiträgen gewürdigt. In der DDR wurden die kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsvertreter unter den Opfern des NS-Regimes nicht selten auf einen Sockel der Heldenverehrung gestellt. Die DGB-Gewerkschaften in der Bundesrepublik haben demgegenüber eine große Zahl der Mitglieder und Funktionäre ihrer Vorläuferorganisationen, die nach 1933 Opfer des NS-Regimes wurden, mehr oder weniger in Vergessenheit geraten lassen.

Wie das im Jahr 2000 publizierte „Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert“ und das Biographieprojekt über Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen belegen<sup>1</sup>, ist es auch heute noch keineswegs zu spät, gewerkschaftliche Opfer des NS-Terrorapparates biographisch zu würdigen und damit zu dokumentieren, dass zahlreiche Gewerkschafter - viel früher als die meisten Vertreter etwa des 20. Juli, der Weißen Rose oder anderer prominenter Widerstandsgruppen - Widerstand gegen das NS-Regime leisteten.

Die Formulierung des damaligen DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte: „Es waren nicht viele, die den Mut besaßen, zu widerstehen: Frauen und Männer, Mitglieder der freien, christlichen, der liberalen Gewerkschaften - auch der kommunistischen Gewerkschaftsopposition -, die es nicht hinnehmen konnten und wollten, dass die Rechte und die Würde der arbeitenden Menschen mit Füßen getreten wurden“, ist meines Erachtens hinsichtlich des gewerk-

<sup>1</sup> Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Marburg 2000; Siegfried Mielke (Hrsg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Bd. 1, Berlin 2002.

\* Rede in der Gedenkstätte-Museum Sachsenhausen am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2003.

schaftlichen Anteils am Widerstand viel zu bescheiden formuliert. Zuzustimmen ist hingegen den dann folgenden Feststellungen: „Und so wie jedes Opfer dieses Regimes einen Namen hat, der nicht in Vergessenheit geraten darf, sollen auch die Namen und das Schicksal der Kolleginnen und Kollegen in unserem Gedächtnis bleiben.“<sup>2</sup> Wer die kurzen Biographien, die in der erwähnten Broschüre aufgeführt sind, liest, wird - so Dieter Schulte - „sehen, dass wir oft wenig, zu wenig von ihnen wissen, und es werden viele Namen fehlen, weil wir sie nicht kennen.“<sup>3</sup> Dieses „Nicht-Kennen“, das Dieter Schulte bedauert, lässt sich meines Erachtens ändern, heute zum Teil sogar eher als vor 20 Jahren. Denn heute sind einige Quellen, wie z.B. „Opfer des Faschismus“ (OdF)- und Entschädigungsakten, die vor 20 Jahren noch gesperrt waren, einsehbar. Deshalb sollte die ursprünglich vom DGB verfolgte Intention einer sog. „Ehrentafel“ bzw. eines, wie der DGB-Vorstand es 1964 formulierte, „Goldenen Buchs der Treue“, womit ein Erinnerungsbuch für verfolgte Gewerkschafter gemeint war, entschieden wieder aufgegriffen werden.<sup>4</sup>

### Vier Verhaftungswellen

Große Gruppen von Gewerkschaftsfunktionären wurden insbesondere in vier Verhaftungswellen, in der Regel ohne Prozesse, in Oranienburg oder Sachsenhausen eingeliefert. Die erste Welle erfolgte von Februar bis April 1933 im Vorfeld der Zerschlagung der Gewerkschaften. Zu den im Frühjahr 1933 im KZ Oranienburg inhaftierten Gewerkschaftsfunktionären, von denen bisher 12 namentlich bekannt sind, gehörten u.a. der in der Ausstellung über das KZ Oranienburg biographisch vorgestellte Otto Scharfschwerdt, Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und sein Sohn, ein Funktionär des Zentralverbands der Angestellten; Siegfried Fitsch, der Vorsitzende der Ortsverwaltung Erkner des Gesamtverbandes, der Vorläuferorganisation der ÖTV. Fitsch wurde bereits am ersten Tag nach Einrichtung des KZs in Oranienburg inhaftiert. Zu den ersten Häftlingen gehörten auch Max Purfürst und sein Sohn Hans, Funktionäre des Deutschen Baugewerksbundes. Diese Ergebnisse entsprechen nicht der in der Literatur vielfach vertretenen Meinung, dass das Gros der im Frühjahr 1933 verhafteten Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre aus den Reihen von RGO und KPD gekommen sei. Ein Grund für die abweichenden Ergebnisse dürfte sein, dass viele der bisher lediglich als Kommunisten wahrgenommenen Häftlinge gleichzeitig Funktionen als Betriebsräte wahrnahmen und auf lokaler Ebene Gewerkschaftsfunktionen ausübten.

Die zweite Verfolgungswelle begann mit der Zerschlagung der freien und der Gleichschaltung der übrigen Gewerkschaften im Mai 1933. Gründe für die Verhaftungen waren in dieser frühen Phase - abgesehen von der kommunistischen Gruppen-Zugehörigkeit - seltener der Aufbau von Gewerkschaftsgruppen und aktive Widerstandshandlungen, sondern

2 Erschlagen – Hingerichtet - In den Tod getrieben. Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus. Mit einem Vorwort von Dieter Schulte, hrsg. vom DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1995, S. 6 f.

3 DGB-Archiv, Erschlagen, S. 6 f.

4 Das dreibändige biographische Projekt über Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, das insgesamt über 300 Biographien von Gewerkschaftsfunktionären enthalten wird, sieht sich in der Tradition der genannten DGB-Projekte. Der erste Band liegt seit Anfang 2002 vor (siehe Anm. 1), der zweite mit weiteren ca. 100 biographischen Skizzen wird in wenigen Monaten veröffentlicht werden, und der dritte Band, für den die Namen der in Oranienburg bzw. Sachsenhausen inhaftierten Gewerkschafter bereits recherchiert sind, soll im Spätsommer 2004 folgen. Teilnehmer dieses Projektes, die die Ergebnisse erarbeitet haben, sind Studentinnen und Studenten eines Projektkurses, der über zwei Semester am Otto-Suhr-Institut stattfand, Günter Morsch und ich.

die Furcht der neuen Machthaber vor potentiellen staatsfeindlichen Aktivitäten der früheren politischen Gegner, wobei in den Jahren 1933/34 nicht selten auch „alte Rechnungen“ zwischen den früheren Gegnern beglichen wurden.

Die dritte Verfolgungswelle erfolgte auf der Grundlage der von der Gestapo erstellten A-Kartei zu Beginn des Zweiten Weltkrieges und die vierte im Rahmen der „Aktion Gitter/Gewitter“ unmittelbar nach dem 20. Juli 1944, wobei die vor dem 20. Juli begonnenen Vorbereitungen darauf hindeuten, dass diese Aktion entgegen anderen Thesen lediglich im zeitlichen, nicht jedoch inhaltlichen Zusammenhang mit dem 20. Juli stand. Neben den vier großen Verhaftungswellen gab es Einlieferungen einzelner Gewerkschafter oder kleiner Gewerkschaftsgruppen im Zusammenhang mit Prozessen gegen Widerstandsgruppen im gesamten Zeitraum von 1933 bis 1945.

Es waren in erster Linie die politisch aktiven Gewerkschaftsfunktionäre, die 1933/34 ins KZ Oranienburg oder nach 1936 ins KZ Sachsenhausen gebracht wurden. Darunter befanden sich viele Funktionäre, die vor 1933 durchaus die Politik der Anpassung der Gewerkschaften zur Rettung der Organisationen unterstützt hatten. Ebenso führten zu Kriegsbeginn und während der „Aktion Gitter/Gewitter“ vor allem parteipolitische Aktivitäten vor 1933 zur Verhaftung. Gefährdet waren insbesondere Mandatsträger, d.h. Gewerkschafter, die gleichzeitig auch Mitglieder von Stadtverordnetenversammlungen, Landtagen und des Deutschen Reichstages waren, unabhängig davon, ob ihnen illegale Widerstandsaktivitäten nachgewiesen werden konnten.

Gewerkschaftsmitglieder ohne ehrenamtliche oder hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionen waren nur dann gefährdet, wenn sie öffentlich Kritik am NS-System und während des Krieges Zweifel am Sieg und dergleichen äußerten. Spätestens ab Kriegsbeginn führten derartige Äußerungen zur Einlieferung ins KZ. Das Gros dieser Verhafteten stellten die lokalen und bezirklichen ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Funktionäre.

### **Die illegale Reichsleitung**

Unter den Inhaftierten in Sachsenhausen finden sich jedoch auch zahlreiche führende Gewerkschaftsfunktionäre. Besonders betroffen war der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV). Von den Mitgliedern und Sekretären beim Hauptvorstand des DMV waren allein vier, nämlich Erich Bührig, Otto Eichler, Erich Lübke und Otto Tost Häftlinge in Sachsenhausen und der Vorsitzende des DMV, Alwin Brandes, im KZ Sachsenburg. KZ-Häftling in Sachsenhausen war ferner Max Urich, der Vorsitzende der mitgliederstarken und einflussreichen Ortsgruppe Berlin, einer der aktivsten Widerstandskämpfer des DMV, der sicherlich auch zur Spitzengruppe der Gewerkschaftsfunktionäre zu rechnen ist. Häftlinge in Sachsenhausen waren der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes Nikolaus Bernhard und die stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Alfred Fitz, und des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Richard Barth. Zu den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften gehörten ferner zweifellos die führenden Redakteure des ADGB und einiger Einzelgewerkschaften. Erwähnt seien hier Lothar Erdmann, Richard Timm und Hermann Scheffler. In Sachsenhausen inhaftiert waren auch die Vorstandsmitglieder Franz Apitzsch, Hermann Jochade und Lorenz Breunig vom Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, d.h. jener Einzelgewerkschaft, die in Zusammenarbeit mit der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) die aktivsten gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen in Deutschland besaß.

Viele dieser führenden Gewerkschafter gehörten als Mitglieder der Illegalen Reichsleitung der früheren freien Gewerkschaften an. Die führenden Köpfe der Illegalen Reichsleitung, Hermann Schlimme und Wilhelm Leuschner, waren zwar keine Sachsenhausen-Häftlinge - Leuschner kam ins KZ Lichtenburg und nach Ravensbrück, Schlimme in das Zuchthaus Brandenburg -, die Mehrzahl der Mitglieder der Illegalen Reichsleitung kam jedoch im Zuge der Verhaftungen zu Kriegsbeginn 1939 bzw. während der Aktion „Gitter“ 1944 oder nach Hochverratsprozessen in das KZ Sachsenhausen.

Die Illegale Reichsleitung war im Herbst 1933 von führenden Gewerkschaftsfunktionären gegründet worden, die im Frühjahr noch mehrheitlich die Politik der Anpassung der Gewerkschaften unterstützt hatten. Auch wenn es sich bei der Illegalen Reichsleitung lediglich um ein informelles Netz ehemaliger Gewerkschaftsführer mit sehr begrenzter betrieblicher Verankerung handelte, kam dieser zentralen Organisation aufgrund ihrer zahlreichen Kontakte zum Internationalen Gewerkschaftsbund, zu den Internationalen Berufssekretariaten und zur Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften eine erhebliche Bedeutung zu. Bei der Hälfte der heute bekannten Mitglieder der Illegalen Reichsleitung blieb ihre Widerstandstätigkeit der Gestapo verborgen. Im Falle von Erich Bührig, Otto Eichler, Richard Barth und Max Urich waren es ihre Kontakte zur Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG) bzw. zu früheren Gewerkschaftsfunktionären im Reich, die zu ihrer Verhaftung führten. Von den verhafteten Mitgliedern der Illegalen Reichsleitung lassen sich zumindest für Max Urich und Otto Scharfschwerdt auch Verbindungen zur Betriebsebene nachweisen. Ob die 1939 bzw. 1944 gleichzeitig verhafteten Mitglieder der Illegalen Reichsleitung im KZ untereinander Kontakte besaßen, ist bisher nicht bekannt. - Diese Beispiele zeigen, dass, entgegen der herrschenden Auffassung in der Literatur, die Spitzenfunktionäre keineswegs mit Rücksicht auf das Ausland oder die deutsche Öffentlichkeit geschont wurden, zumal weitere führende Funktionäre in anderen Konzentrationslagern inhaftiert waren. Erwähnt seien, um nur einige wenige zu nennen, neben Wilhelm Leuschner und Alwin Brandes, Josef Simon, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Schuhmacher (KZ Dachau), Friedrich Husemann, der Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, der 1935 im KZ Esterwegen ermordet wurde und Margarete Wolff, die Vorsitzende der Gewerkschaft Christlicher Heimarbeiter, die im KZ Theresienstadt starb.

### **Zusammensetzung der verfolgten Gewerkschafter**

Eine Klassifikation der KZ-Häftlinge nach Richtungsgewerkschaften zeigt, dass die von sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären dominierten freien Gewerkschaften, das heißt die mit Abstand stärksten Richtungsgewerkschaften in der Weimarer Republik, auch die zahlenmäßig größte Gruppe der verhafteten Gewerkschaftsfunktionäre stellte. Gefährdeter als die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre waren jedoch die Funktionäre der kommunistischen Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO). Obwohl die RGO am Ende der Weimarer Republik lediglich eine gewerkschaftliche Splitterorganisation darstellte, die „nie mehr als 8 Prozent der niedrigsten Mitgliederzahl des ADGB nach 1928“<sup>5</sup> erreichte, ist mehr als ein Drittel der gewerkschaftlichen KZ-Häftlinge dieser Gewerkschaftsgruppe zuzurechnen. (Die in der Einleitung zu Band 1 des Biographieprojekts von mir

---

5 Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln 1988, S. 352.

gewählte Formulierung „ungefähr die Hälfte“ scheint mir nach heutigem Kenntnisstand nicht mehr haltbar.) Dies lag in erster Linie an der Haltung der nationalsozialistischen Verfolgerorganisationen, die in den Vertretern der kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die schärfsten Gegner des NS-Regimes erblickten und diese besonders konsequent verfolgten. Wesentlich für die hohe Zahl kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre im KZ ist aber auch die zentral gesteuerte Politik der Führungsgremien der KPD, die auch nach der Machtergreifung 1933 für KPD und RGO eine Strategie der „Massenarbeit“ gegen das NS-Regime propagierten. KPD und RGO riefen noch im Frühjahr 1933 zu offenen Widerstandsaktionen, Demonstrationen und Streiks auf und versuchten zunächst, ihre Organisationsstrukturen unverändert zu erhalten. Diese so genannten „Massenaktionen“ inner- und außerhalb der Betriebe und die den Verfolgerinstanzen aus der Zeit vor 1933 vorliegenden Listen kommunistischer Funktionäre führten bereits im Frühjahr 1933 zu erheblichen Verlusten unter den kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären. Bei der zweiten Verhaftungswelle nach der Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 waren sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter etwa in gleichem Umfang betroffen, während die Mehrzahl der Verhafteten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in der „A-Kartei“ zu finden war, während bei der „Aktion Gitter“ frühere sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteifunktionäre betroffen waren.

Besonders gefährdet waren neben sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären die Anarcho-Syndikalisten, die Mitglieder der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD), die, obwohl lediglich eine kleine Splittergruppe, unter den KZ-Häftlingen in Oranienburg und Sachsenhausen stärker als christliche und liberale Gewerkschaftsfunktionäre vertreten waren. Zahlreiche der christlichen und liberalen Gewerkschafter wurden zwar auch inhaftiert, in der Regel jedoch „nur“ zu Gefängnisstrafen verurteilt und vergleichsweise selten in ein KZ eingeliefert. Für Sachsenhausen lässt sich bisher lediglich ein christlicher Gewerkschaftsfunktionär (G. Könzgen) nachweisen. Betrachtet man die Entwicklung für das gesamte Deutsche Reich, dann ist diese Angabe sicherlich nicht repräsentativ. Um ein repräsentatives Bild hinsichtlich der verfolgten christlichen Gewerkschafter zu erhalten, wäre es notwendig, die Konzentrationslager Dachau, Breslau-Dürrgoy, Groß-Rosen und Stutthof bei Danzig sowie das KZ Neue Bremm in Saarbrücken mit einzubeziehen, das heißt die Konzentrationslager, die in Regionen eingerichtet wurden, in denen die christlichen Gewerkschaften und die katholische Arbeiterbewegung vergleichsweise stark vertreten waren.

Differenziert man nach Einzelgewerkschaften, dann fällt der erwähnte hohe Anteil von DMV-Funktionären unter den gewerkschaftlichen KZ-Häftlingen auf. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Anzahl der verhafteten Funktionäre aus dem DMV mit denen des „Gesamtverbandes“, der Vorläuferorganisation der ÖTV, vergleicht. Die Erklärung ist zum einen darin zu finden, dass DMV-Mitglieder stärker als die anderer ADGB-Gewerkschaften parteipolitisch organisiert waren und sich auch entsprechend häufiger politisch engagierten. Linkssozialistische Gewerkschaftsfunktionäre und bis zur Bildung der RGO auch kommunistische DMV-Mitglieder besaßen zumindest auf lokaler Ebene gute Chancen, in ehrenamtliche und hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionen gewählt zu werden. Ein weiterer Grund ist sicherlich darin zu finden, dass sich der DMV vor 1933 in seinen Publikationen stärker als andere Einzelgewerkschaften sehr kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat und dass sich während des Krieges insbesondere in den Rüstungsbetrieben verstärkt Widerstandsgruppen bildeten. Ein erfreuliches Nebenprodukt unseres Biographieprojektes sind die zahlreichen Hinweise auf Widerstandsaktivitäten von Metall-

arbeiterfunktionären. Dies wird besonders deutlich, wenn man einen Perspektivwechsel vornimmt und sich, ausgehend von den Führungspositionen im DMV, die Frage stellt, wer von den DMV-Vorstandsmitgliedern, den Bezirksleitern und den lokalen Funktionären, das heißt den Bevollmächtigten und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Verwaltungsstellen, nachweislich in Widerstandsgruppen mitarbeitete oder aus der Emigration gegen das NS-Regime wirkte. Das Ergebnis dürfte meines Erachtens selbst die Kenner der Widerstandsforschung überraschen. Mehr als die Hälfte der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder, darunter Alwin Brandes, Otto Tost, Franz Metz, der Schriftleiter Fritz Kummer und Heinrich Schliestedt, nach 1935 Vorsitzender der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, sind hier zu nennen. Gleiches lässt sich von den 16 Leitern der Ende 1932 existierenden insgesamt 15 Bezirke sagen (Berlin hatte zwei Vorsitzende). Von 11 Bezirksleitern, für die bisher biographisches Material gesammelt werden konnte, sind 9 eindeutig Widerstandskreisen zuzuordnen. Untersucht man die lokale Ebene am Beispiel Brandenburgs, einem der kleinsten DMV-Bezirke mit insgesamt 44 Verwaltungsstellen, von denen lediglich 8 mehr als 1000 Mitglieder besaßen, dann lässt sich zum heutigen Zeitpunkt feststellen, dass mehr als 30 DMV-Funktionäre allein in den Jahren 1933/34 im KZ Oranienburg inhaftiert waren. Viele von ihnen lassen sich eindeutig Widerstandsgruppen zuweisen. Bei Intensivierung der Forschung zum Konzentrationslager Oranienburg wird sich diese Zahl zweifellos deutlich erhöhen.<sup>6</sup>

Übernimmt man für die Differenzierung der gewerkschaftlichen Häftlinge nach der Altersstruktur die Klassifikation von Ulrich Borsdorf, der in seiner Untersuchung über gewerkschaftliche Führungsgruppen vor 1933 vier Generationen gewerkschaftlicher Funktionäre unterscheidet,<sup>7</sup> dann ergibt sich folgendes Bild: Es fehlt weitgehend die Generation der Gewerkschaftsgründer, d.h. der zwischen 1860 und 1875 Geborenen, die 1933 zum Teil bereits ihre gewerkschaftlichen Funktionen niedergelegt hatten. Nach unserem bisherigen Kenntnisstand gehörten lediglich Max Purfürst, Rudolf Ströhlinger und Oscar Weise zu dieser Generation. Stark vertreten unter den KZ-Häftlingen waren die beiden folgenden Generationen, die zwischen 1875 und 1890 geborenen „Gewerkschaftsbeamten“ und die Generation der „gelernten Funktionäre“, das heißt die Gewerkschaftsfunktionäre, deren politische und gewerkschaftliche Sozialisation bereits im Kaiserreich erfolgte. Die „Gewerkschaftsbeamten“ begannen ihre Tätigkeit meist noch im Kaiserreich, aber „zu einem Zeitpunkt, als der Gewerkschaftsbeamte ... schon fast ein bürgerlicher Beruf geworden war“ und setzten ihren internen Aufstieg in der Weimarer Republik fort. Die Novemberrevolution und die Spaltung der Arbeiterbewegung erlebten sie politisch bewusst mit. Die Tendenz zur Professionalisierung ist auch in der nachfolgenden dritten Generation festzustellen, die zwischen 1890 und 1905 geboren wurde und die größte Gruppe unter den inhaftierten Häftlingen stellte. Ihre Mitglieder, die nach 1949 die Mehrheit der Funktionäre im DGB ausmachte, waren „gelernte Funktionäre“. Die vierte Generation, die nach 1905 Geborenen, sind aus Altersgründen unter den Gewerkschaftshäftlingen kaum vertreten.

---

6 Die Biographien in Band 2 und 3 des hier vorgestellten Biographieprojekts werden für viele dieser DMV-Funktionäre den Nachweis gewerkschaftlicher Widerstandstätigkeit erbringen. Ähnlich wie in Brandenburg sah es in den anderen DMV-Bezirken aus. Eine Material-Sammlung für ein von mir geplantes biographisches Handbuch über verfolgte, illegal tätige bzw. emigrierte Metallarbeiter enthält bereits heute mehr als 400 Namen von Funktionären der verschiedenen Metallarbeiter-Gewerkschaften.

7 Vgl. Ulrich Borsdorf, Deutsche Gewerkschaftsführer - biographische Muster, in: Ulrich Borsdorf/Hans O. Hemmer/Gerhard Leminsky/Heinz Markmann (Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977, S. 11-41.

## Zur Situation der Gewerkschafter im KZ

Die Gründe für die Einlieferung bzw. die Haftdauer sind nicht nur in der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit vor 1933, sondern ganz wesentlich auch in der Einstellung der nationalsozialistischen und staatlichen Verfolgerinstitutionen zu finden. Während aus Cottbus und Frankfurt/Oder zum Beispiel - Städte mit gut entwickelten und aktiven Gewerkschafts- und Parteiorganisationen der Arbeiterbewegung - nur wenige politische Häftlinge ins KZ Oranienburg eingeliefert wurden, profilierte sich der Landrat des Kreises Niederbarnim (Brandenburg) als besonders erfolgreicher Verfolger der verhassten Vertreter der „Systemzeit“ (Weimarer Republik) und der Arbeiterbewegung. Die Auswertung der Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg nach dem Kriterium „regionale Herkunft“ zeigt, dass allein 29,6 Prozent aller Häftlinge aus dem Kreis Niederbarnim kamen. Vergleicht man diese Zahl mit der von Berlin (31,1 Prozent),<sup>8</sup> das heißt dem Zentrum der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung und der Parteien der Arbeiterbewegung vor 1933, dann wird der Ermessensspielraum der lokalen und regionalen Verfolgerinstitutionen - keineswegs lediglich der NS-Organisationen und Gestapo - besonders deutlich. Das gilt auch für die Haftdauer der Häftlinge. So begründete der Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg/Havel (1934) die Verlängerung der Haftdauer für mehrere politische Häftlinge, darunter der Geschäftsführer des DMV in Brandenburg, Heinrich Witt, mit deren „hasserfüllte[r] Gegnerschaft gegen die NSDAP beziehungsweise den nationalsozialistischen Staat“ und führte aus: „In Hinblick auf ihre frühere politische Tätigkeit steht zu befürchten, dass sie sich erneut im staatsfeindlichen Sinne betätigen.“<sup>9</sup> Die Gestapo und die KZ-Leitung folgten dieser Argumentation allzu gern. Die zentrale Funktion der frühen Konzentrationslager, die Isolierung des politischen Gegners und die Sicherung des NS-Herrschaftssystems werden hier besonders deutlich.

Hinsichtlich der Haftdauer und Sterberaten lassen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen den KZs Oranienburg und Sachsenhausen feststellen. Während alle in Oranienburg eingelieferten Gewerkschaftsfunktionäre die Haft überlebten, wurden zahlreiche Gewerkschafter in Sachsenhausen Opfer der katastrophalen Alltags-, Arbeits- und Lebensbedingungen, der Willkür der SS oder von Epidemien und medizinischen Versuchen der KZ-Ärzte. Unterschiede lassen sich auch hinsichtlich der regionalen Herkunft der deutschen Gewerkschafter feststellen. Während 1933/34 das Gros der Häftlinge aus Berlin und Brandenburg kam, waren im KZ Sachsenhausen Häftlinge aus ganz Preußen und Norddeutschland inhaftiert, vereinzelt auch Häftlinge aus süddeutschen Ländern. Ein weiterer Unterschied ist hinsichtlich der Zusammensetzung der Häftlinge nach Geschlecht festzustellen. Ins KZ Oranienburg wurden fast ausschließlich männliche Häftlinge eingeliefert, nach Sachsenhausen kamen mit dem Aufbau der zahlreichen Außenlager während des Zweiten Weltkrieges auch Frauen. Nach unseren bisherigen Kenntnissen befanden sich darunter allerdings sehr wenige deutsche Gewerkschafterinnen. Erfasst sind in dieser Studie lediglich zwei weibliche Gewerkschaftsfunktionäre: Frieda Apelt und Ella Trebe.<sup>10</sup>

---

8 Vgl. Martin Knop/Hendrik Krause/Roland Schwarz, Die Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg, in: Günter Morsch, Konzentrationslager Oranienburg, Oranienburg 1994, S. 47-66, hier S. 54 f.

9 Zit. nach Klaus Drobisch, Oranienburg - eines der ersten Konzentrationslager, in: Morsch, Oranienburg, S. 13-22, hier S. 16.

10 Würde man hinsichtlich der Gewerkschafterinnen die Konzentrationslager Moringen und insbesondere Ravensbrück in die Recherchen mit einbeziehen, ergäbe sich, wie ein von mir initiiertes Projekt über Gewerkschafterinnen während der NS-Zeit belegt, ein deutlich anderes Bild. Von ca. 80 Gewerkschafterinnen kamen 25 in Konzentrationslager. 14 überlebten nicht, darunter zahlreiche jüdische und kommunistische Gewerkschafterinnen.

## KZ-Häftlinge beim Gewerkschaftsaufbau nach 1945

Besonders in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) waren KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen maßgeblich am Gewerkschaftsaufbau beteiligt. So gehörten drei der sechs Mitglieder des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses von Groß-Berlin (Roman Chwalek, Hans Jendretzky, Paul Walter) zur Gruppe der KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen. Roman Chwalek, in Sachsenhausen für kurze Zeit Lagerältester, wurde Vorsitzender des FDGB von Groß-Berlin. Hans Jendretzky war mehrere Jahre lang Vorsitzender des FDGB der SBZ. Auf Bundesebene arbeiteten mit Walter Maschke, Carl Vollmerhaus, Erich Bührig und anderen weitere gewerkschaftliche Häftlinge aus Sachsenhausen in Führungsgremien des FDGB mit. Das Gleiche gilt für die Landes- und Lokalebene des FDGB. Auch in den Führungsgremien der Einzelgewerkschaften, denen in der zentralistischen Einheitsgewerkschaft FDGB nur anfangs größere Bedeutung zukam, da bereits 1946 der zentralistisch organisierte FDGB aufgrund der Finanz- und Personalhoheit die Gewerkschaftspolitik bestimmte, befanden sich Sachsenhausen-Häftlinge. Erwähnt seien stellvertretend für viele die Verbandsvorsitzenden in Groß-Berlin Nikolaus Bernhard (Verband für das Baugewerbe, später IG Bau), Richard Timm (Verband der Holzarbeiter, später IG Holz), der bis 1946 Vorsitzender war, und Jakob Schlör, Vorsitzender des Verbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, später IG Nahrungs-, Genussmittel- und Gaststättengewerbe in Groß-Berlin und schließlich Richard Barth, der 1946 Vorsitzender des Verbandes für das graphische Gewerbe, später IG Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung in Groß-Berlin wurde.

Als der FDGB sich mit Beginn des Kalten Krieges zu einer marxistisch-leninistischen Richtungsgewerkschaft mit quasi-obligatorischer Mitgliedschaft und zu einer der SED eindeutig untergeordneten und deren Führungsanspruch anerkennenden Organisation entwickelte, verließen einige ehemals führende Gewerkschafter wie Carl Vollmerhaus und Erich Bührig den FDGB und siedelten in die Westzonen über oder zogen sich aus der Gewerkschaftsarbeit zurück. Es fällt jedoch auf, dass zahlreiche der früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre, insbesondere auch diejenigen, die Widerstand gegen das NS-Regime geleistet hatten, 1946 Mitglied in der SED wurden und sich am zentralistischen Gewerkschaftsaufbau in der SBZ und in Groß-Berlin beteiligten. Nur wenige Gewerkschafter wie Nikolaus Bernhard, der in der SPD blieb, konnten sich bis 1948 in Führungspositionen des FDGB von Groß-Berlin halten; in der SBZ war dies bereits ab 1946 nicht mehr möglich.

In den Westzonen erlangten die ehemaligen KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen für den Gewerkschaftsaufbau nicht das gleiche Gewicht. Dem Einfluss von gewerkschaftlichen KZ-Häftlingen aus Sachsenhausen konnte schon deshalb nicht die gleiche Bedeutung zukommen, weil für Führungspositionen in den Westzonen in viel stärkerem Umfang als in der SBZ auch ehemalige Häftlinge aus anderen KZs, zum Beispiel Dachau, Buchenwald, Neuengamme in Frage kamen. Von erheblicher Bedeutung war der Einfluss ehemaliger KZ-Häftlinge in den Einzelgewerkschaften, in denen es wie bei der IG Metall nach 1945 starke kommunistische Minderheiten - in einzelnen Ortsgruppen sogar Mehrheiten - gab. Von den 11 Mitgliedern des Hauptvorstands der IG Metall in der Bizone waren fünf ehemalige KZ-Häftlinge, davon einer (Karl Küll), der aus Sachsenhausen kam. Drei weitere Vorstandsmitglieder waren mehrfach verhaftet worden. Von den führenden IG Metall-Funktionären, die KZ-Häftlinge in Sachsenhausen waren, seien ferner Fritz Strothmann erwähnt, der von 1953 bis 1971 dem Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall angehörte und Konrad Skrentny, der wesentlich am Aufbau der IG Metall in der britischen Besatzungszone beteiligt war und nicht zuletzt Heinz Brandt.



Erfasst man die Vorstände der Einzelgewerkschaften und des DGB nach 1949 biographisch, dann waren „Verurteilungen zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen, Einsperrung ins KZ oder der Zwang zur Flucht ins Ausland“ nicht, wie von Michael Schneider festgestellt, „eher die Ausnahme“,<sup>11</sup> sondern für die Mehrheit der späteren Bundesvorstandsmitglieder des DGB und der Einzelgewerkschaften während des „Dritten Reiches“ die bittere Normalität.

### **Fazit und Ausblick**

Die Politik der Richtungsgewerkschaften am Ende der Weimarer Republik ist von zahlreichen Gewerkschaftern und Wissenschaftlern nach 1945 als Politik der Anpassung und Anbiederung kritisiert worden, zumal das Ziel dieser Politik, die eigene Organisation zu retten, bekanntlich nicht erreicht wurde. Diese Kritik - die Festschriften der IG Metall zum 75-jährigen bzw. 100-jährigen Bestehen der Metallgewerkschaften sprechen von einer Politik der Rat- und Hilflosigkeit - ist meines Erachtens berechtigt, auch wenn zur Ehrenrettung der damaligen Gewerkschafter darauf hingewiesen werden sollte, dass die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse den Gewerkschaftern nicht den gleichen Handlungsspielraum ließen wie z.B. zurzeit des Kapp-Putsches von 1920, als die Gewerkschaften mit einem Generalstreik das vorzeitige Ende der Republik verhinderten.

Bei aller berechtigten Kritik wird jedoch sowohl von Gewerkschaftsseite als auch von Wissenschaftlern übersehen, dass zahlreiche jener Gewerkschaftsfunktionäre, die 1932/33 die Politik der Anpassung verfolgten, zu den Ersten gehörten, die nach 1933 im Deutschen Reich Widerstand gegen das NS-Regime leisteten oder dieses Regime vom Ausland her bekämpften und die illegalen Gewerkschaftsgruppen mit Informationsmaterial versorgten. Viele dieser Gewerkschaftsfunktionäre, die für ihre Überzeugung KZ-Haft erleiden mussten, nahmen zudem nach 1945 aktiv am Gewerkschaftsaufbau teil und haben diesen wesentlich mitgestaltet und zum Beispiel zur Überwindung der Richtungsgewerkschaften beigetragen. Nicht wenige von ihnen haben jedoch auch nach 1945 in der SBZ bzw. in der DDR erneut Verfolgung und Haft für ihre Überzeugungen und ihr oppositionelles Verhalten erdulden müssen, z.B. Engelbrecht, Szillat, G. Mietz, Heinz Brandt, Max Urich. Es gibt viele gute Gründe, solche Gewerkschafter nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

---

<sup>11</sup> Vgl. Michael Schneider, Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Diktatur: Verfolgung, Widerstand und Exil 1933-1945, in: DGB-Archiv, Erschlagen, S. 9-36, hier S. 34.